

Protestaktion

Wir stopfen euer
70-Millionen-Loch nicht!

Mittwoch, 15. April
17.30 Uhr, Marktplatz

Keine Sparmassnahmen zulasten der Angestellten!

Trotz eines Überschusses von fast CHF 180 Mio. plant die baselstädtische Regierung, die Anstellungsbedingungen des Staatspersonals zu verschlechtern. So soll die Prämie für die Nichtberufsunfallversicherung (NBU) vollständig den Arbeitnehmenden übertragen werden, die Regelung des Dienstjubiläums massiv verschlechtert und die Anerkennungsprämien für besondere Leistungen erheblich reduziert werden.

Das Staatspersonal des Kantons Basel-Stadt hat in den letzten Jahren immer wieder und ausschliesslich Verschlechterungen der Anstellungsbedingungen hinnehmen müssen:

- Aussetzen des Stufenanstiegs
- Fehlender Ausgleich der Teuerung
- Erhöhung des Rentenalters um zwei Jahre und Wechsel auf das Beitragsprimat
- Leistungskürzungen bei der Pensionskasse bzw. abgestufte Erhöhungen der Beiträge
- Abschaffung der Arbeitsmarktzulage bei der Polizei

Mit den nun geplanten Sparmassnahmen verliert der Kanton Basel-Stadt seine Konkurrenzfähigkeit als Arbeitgeber, so dass es in Zukunft zunehmend unmöglich wird, ausreichend qualifiziertes Personal für den Service public zu rekrutieren.

**Wir sagen laut und deutlich Nein zu diesen
weiteren Verschlechterungen der Anstellungsbedingungen –
am 15. April um 17.30 Uhr auf dem Marktplatz!**

Baselstädtischer Angestellten-Verband (BAV), Polizeibeamten-Verband Basel-Stadt (PBVB), vpod region basel, Freiwillige Schulsynode Basel-Stadt (FSS), Personalverband Städtische Verkehrsbetriebe Basel (PSVB), Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK Sektion beider Basel), SYNA